

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Bundeswehreinsatz in Mali und Zentralafrika

5

Der Unterbezirksparteitag fordert die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, ihre bisherige Haltung zum Einsatz der Bundeswehr in Zentralafrika und im westafrikanischen Mali zu ändern und diese Militäreinsätze konsequent abzulehnen.

10

Der Unterbezirksparteitag unterstützt alle diplomatischen Bemühungen und humanitären Hilfen der Bundesrepublik Deutschland in der Region und begrüßt ausdrücklich deren Erhöhung und Verstärkung: Die Linderung der Not der dort lebenden Menschen ist dringend notwendig und auch Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, die mehr Verantwortung in der Welt übernehmen will und muss.

Begründung:

Die Bundesregierung, insbesondere die neue Bundesverteidigungsministerin Frau von der Leyen, betreibt die Verstärkung des militärischen Engagements der Bundeswehr in Afrika, insbesondere eine Erhöhung des Bundeswehreinsatzes in Mali sowie erstmals ein Engagement auch in Zentralafrika und Somalia. Entsprechende Beschlüsse sind durch den Deutschen Bundestag bereits gefasst worden.

Der Unterbezirksparteitag lehnt jegliches militärische Engagement der Bundeswehr in Afrika ab. Nach Art. 87 a GG darf der Bund die Streitkräfte nur zur Verteidigung einsetzen. Die Bundesrepublik Deutschland wird weder in Mali noch in Zentralafrika oder Somalia angegriffen und braucht sich dort auch nicht zu verteidigen. Streitkräfte dürfen im Übrigen nur zur Verteidigung und nur eingesetzt werden, soweit das Grundgesetz es ausdrücklich zulässt. Eine ausdrückliche Ermächtigung zum Einsatz der Bundeswehr in Zentralafrika, in Mali oder Somalia ist an keiner Stelle des Grundgesetzes enthalten.

Wenn Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen will und muss, was der Unterbezirksparteitag ausdrücklich begrüßt, dann ausschließlich für den Frieden und mithilfe friedlicher und sozialer Maßnahmen auf diplomatischem Wege und mithilfe humanitärer Hilfe und Unterstützung für die betroffenen Menschen vor Ort und in Deutschland.

Überwiesen an den Unterbezirksvorstand.